

Leben am Rand des Existenzminimums : "Working poor" - Armut trotz Arbeit

Autor(en): **Schneider, Lukas M.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **26 (1999)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909791>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Leben am Rand des Existenzminimums

«Working poor» – Armut trotz Arbeit

Schätzungen zufolge erzielen in der Schweiz gegen 410 000 Menschen trotz voller Erwerbstätigkeit kein existenzsicherndes Einkommen. Mit welchen Massnahmen soll vor diesem Hintergrund das soziale Phänomen der «Working poor» bekämpft werden?

Auch auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt bilden sich immer mehr sogenannte Niedriglohnbranchen. Damit gerät ein zentrales Element helvetischer Wertvorstellungen ins Wanken: Erwerbstätigkeit schützt

Lukas M. Schneider

vor Armut nicht. Das ist insofern eine brisante Feststellung, als die Schweiz nach wie vor zu jenen Nationen gehört, in denen die durchschnittlich höchsten Einkommen der Welt erzielt werden.

In den vergangenen Jahren hat eine Gruppe an Bedeutung gewonnen, die von Soziologen als «Working poor» bezeichnet wird. Die Studie «Trotz Einkommen kein Auskommen» des Hilfswerks Caritas Schweiz hat gezeigt, dass drei Viertel dieser erwerbstätigen Armen einen Schweizer Pass besitzen. Sie arbeiten vorwiegend im Gast- und Reinigungsgewerbe sowie im Verkauf.

Minimallohn als Patentlösung?

Im Zeichen der Globalisierung und des verschärften Standortwettbewerbs bleibt den Minderbemittelten wenig Hoffnung auf eine Vergrösserung ihrer Lohntüte. Lösungsansätze zur Verbesserung ihrer materiellen Situation hat Caritas Ende 1998 zu Papier gebracht. Konkret fordert das Hilfswerk die Einführung eines gesetzlich festgelegten Minimallohns. Als zweite sozialpolitische Massnahme schlägt es die Ausweitung der Ergänzungsleistungen auch auf die Gruppe der «Working poor» vor. Wie werden diese Empfehlungen von den politisch relevanten Kräften in der Schweiz beurteilt?

Skepsis im bürgerlichen Lager ...

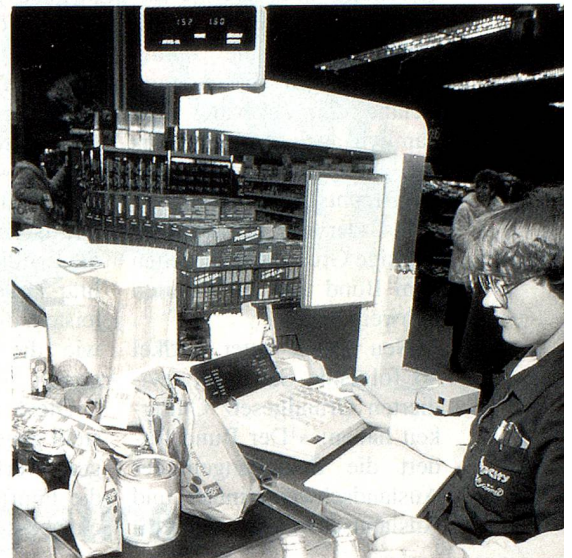
Massiv wendet sich der Schweizerische Gewerbeverband gegen die Ansichten der Caritas und tut sie kurzum als «dreist» und «realitätsfremde politische Forderungen» ab. Auch die Schweizeri-

sche Volkspartei (SVP) kann sich mit den Vorschlägen nicht anfreunden. Nationalrat Toni Bortoluzzi schlägt vielmehr eine Entlastung der Abgabenseite vor. Von einer Senkung der Beiträge an die Sozialversicherungen erhofft er sich eine Steigerung der Kaufkraft auch auf der Arbeitnehmerseite.

Skeptisch äussert sich mehrheitlich die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP). Generalsekretär Johannes Matyassy hält nichts von einem gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Die Entlohnung müsse weiterhin dem Markt überlassen werden. Anstelle einer Ausweitung der Ergänzungsleistungen plädiert er für eine bessere Nutzung der bestehenden sozialpolitischen Instrumente. Längerfristig soll gemäss Matyassy das Los der erwerbstätigen Armen durch permanente Weiterbildung verbessert werden: «Das Konzept lebenslangen Lernens gilt auch für die «Working poor». Das setzt allerdings voraus, dass unser Bildungssystem nicht einer Elite vorbehalten bleibt.» Die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) bringt innerhalb des bürgerlichen Lagers am meisten Verständnis für die Einführung eines Minimallohns auf. So befürwortet die CVP grundsätzlich die Verankerung eines Rechts auf Existenzsicherung in der Bundesverfassung. «Jeder Mensch, der in diesem Land arbeitet, sollte einen Lohn erhalten, mit dem er anständig leben kann», fordert

Die Debatte über die «Working poor» zeitigt Wirkung: Im Gastgewerbe ist ein neuer Gesamtarbeitsvertrag (GAV) in Kraft getreten. Dieses landesweit gültige Abkommen gilt für alle Betriebe, die der Öffentlichkeit gastgewerbliche Leistungen anbieten. Alle Angestellten haben nun Anspruch auf einen monatlichen Mindestlohn. Weiter wird der 13. Monatslohn gestaffelt eingeführt, indem er sich nach Dauer der Betriebszugehörigkeit ausrichtet.

LS



Die Arbeit der Kassiererin ist hektisch. Trotzdem gehört ihre Tätigkeit zu den am schlechtesten bezahlten Jobs. (Foto: Keystone)

Nationalrätin Rosmarie Zapfl-Helbling und verweist gleichzeitig auf das Problem der Quantifizierung. Aufgrund der unvollständigen Datenbasis könne die Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Staaten die «Working poor» noch zu wenig genau erfassen.

... Zustimmung bei den Linken

Am linken Parteienspektrum finden die Vorschläge der Caritas hingegen breite Zustimmung. Der sozialdemokratische Nationalrat Alexander Tschäppät ortet das Grundproblem im Ungleichgewicht der Sozialpartner. Einen ersten Schritt zur Besserung sieht er dann erreicht, «wenn die Arbeitgeber wieder zu ihrer Verantwortung zurückfinden und anständige Löhne zu anständigen Arbeitsbedingungen bezahlen.» Cécile Bühlmann, Nationalrätin der Grünen Partei, findet es alarmierend, dass zunehmend jüngere Leute mit Kindern in Not geraten. SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr betrachtet daher die Erhöhung der Kinderzulagen als ein wirksames Mittel, um das Armutsrisiko einzudämmen. Der jurassische Ständerat Pierre-Alain Gentil (SP) schliesslich lässt sich zu einer pointierten Stellungnahme hinreissen: «Entweder bleibt die Schweiz sozial, oder sie wird verschwinden.» ■